

Landesparteitag 21. November 2021, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Landesverband Saar

Antrag zu TOP 1 Formalia – Rechtsgültigkeit und Stimmrecht der Grauen Grünen Saar

(eingereicht durch Frank Kirchhoff, SV Homburg, am 5. November)

Der Landesparteitag möge feststellen und beschließen, dass es sich bei den GRAUEN GRÜNEN Saar nicht um eine rechtsgültige Vereinigung des Landesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Saar handelt und dass damit den Delegierten der GRAUEN GRÜNEN Saar auf dem Landesparteitag kein Stimmrecht zusteht.

Begründung:

Laut Landessatzung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind „DIE GRAUEN GRÜNEN Saar“ als Vereinigung des Landesverbandes die politische Seniorenorganisation von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Saar. Als solche unterliegen sie dem Grundkonsens von Bündnis 90/Die Grünen und deren Satzungsgrundsätzen. Dies betrifft auch die Gründung der Vereinigung. Dies umso mehr als sie nach Landessatzung das Recht haben, Anträge an alle Organe des Landesverbandes zu stellen und wahlberechtigte Delegierte zum Landesparteitag und Landesparteirat zu entsenden.

Die Gründung der GRAUEN GRÜNEN Saar unterlag einem schweren Rechtsfehler, so dass ihr der Status als Vereinigung des Landesverbandes zu untersagen ist, bis dieser Rechtsmangel behoben ist.

Für eine rechtsgültige Gründung der Vereinigung eines Landesverbandes wie der Seniorenorganisation ist es erforderlich, dass alle Mitglieder von Bündnis90/DIE GRÜNEN Saar angeschrieben und zur satzungsgebenden Gründungsversammlung eingeladen werden. Dies ist unterblieben, es ging weder eine Information über noch eine entsprechende Einladung zur Gründungsversammlung den Mitgliedern zu.

Ein solcher schwerer Rechtsmangel steht jeder Anerkennung als Verein oder Vereinigung entgegen. Vor seiner Behebung und einer den rechtlichen Vorgaben entsprechenden Gründung können DIE GRAUEN GRÜNEN Saar keine Vereinigung des Landesverbandes sein. Entsprechend steht den von Ihnen gewählten Delegierten kein Stimmrecht bei einem Landesparteitag oder einem Landesparteirat zu. Die Ausübung des Stimmrechts von nicht rechtskonform gewählten Delegierten am Landesparteitag führt zu einer Rechtsunsicherheit der Entscheidungen des LPTs.

Antragsteller

Marie-Luise Herber (OV Illingen)	Dietrich Bickelmann (OV Ensdorf)
Gabriele Hornsteiner (OV Saarlouis)	Jürgen Bienert (OV Überherrn)
Marion Kaschek (OV St Ingbert)	Mario Bost (OV Eppelborn)
Ute Kirchhoff (SV Homburg)	Norbert Hornsteiner (OV Saarlouis)
Barbara Klein-Braun (OV Sulzbach Saar)	Matthias Hossfeld (OV Kirkel)
Lisa Nieveler (OV Saarlouis)	Philipp Julien (OV Saarlouis)
Inge Stragand (OV Merchweiler)	Frank Kirchhoff (SV Homburg)
Margret Stragand (OV Merchweiler)	Frank Liesmann (OV Halberg)
Uta Sullenberger (OV St. Wendel)	Peter Wünsch (OV Dudweiler/Scheidt)
Ester Woll (OV Überherrn)	

Für die Richtigkeit im Namen Antragsteller:innen